

Medienmitteilung vom 17. August 2013

Delegiertenversammlung der EDU Schweiz in Olten

EDU-Parolen: 3x Nein zu den Abstimmungsvorlagen für den 22. September

Unter der Leitung ihres Präsidenten Hans Moser fassten die rund 60 Delegierten der EDU Schweiz am 17. August 2013 im Hotel Olten ihre Parolen für die Volksabstimmung vom 22. September 2013: Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht, Nein zum revidierten Epidemien-gesetz und Nein zum revidierten Arbeitsgesetz. Die Unterschriftensammlung der Eidg. Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ wird durch die EDU unterstützt.

Nach den Grussworten des EDU-Präsidenten Hans Moser und des Vizepräsidenten Roland Haldimann und dem Kurzwort von a.NR und EDU-Gründer Werner Scherrer, debattierten die Delegierten über die drei Abstimmungsvorlagen vom 22. September 2013:

Abstimmungsvorlagen vom 22. September

1. Volksinitiative vom 5. Januar 2012 "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht": NEIN

(pro) Gian Waldvogel, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Luzern: „Ein Massenheer ist heute nicht mehr erforderlich.“ Eine Armee-reform, wie es diese Initiative vorschlägt, brächte eine moderne Armee mit weniger Leuten, die motiviert und gut ausgebildet seien und freiwillig kämen. Zudem könnte man die CHF 4,5 Mrd. Ausgaben pro Jahr für die CH-Armee besser einsetzen, so z.B. bei Umweltkatastrophen und Cyberware-Angriffen.

(kontra) NR Kurt Fluri, FDP SO, informierte über das bestehende Milizsystem der Schweizer Armee mit den vier Elementen Militärdienst, Zivilschutz, Zivildienst und Militärpflichtersatzabgabe. Der soziale Zusammenhang durch die CH-Armee sei nicht zu unterschätzen. Mit einer Freiwilligenmiliz, wie es die Initiative will, kämen auch Leute mit einem militaristischen Geist in die Armee, die man wohl nicht haben wolle.

Die DV der EDU Schweiz beschliesst die Nein-Parole (Ja: 2, Nein: 50, Enthaltungen: 0)

2. Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemien-gesetz, EpG): NEIN

(pro) Marcel Bührig, Vorstand Junge Grüne Zürich und Schweiz: „Dieses Gesetz ist gut, ausgewogen und nötig, und schützt uns vor kantonalen, nationalen und internationalen Epidemien“. Das revidierte EpG kläre klar die Zuständigkeiten zwischen Bund und den Kantonen und fördere die Prävention von sexuellen Krankheiten und die sexuelle Aufklärung mit gutem Infomaterial an den Schulen. „Epidemien machen keinen Halt an den Landesgrenzen“, betonte Bührig zum Schluss.

(kontra) Daniel Trappitsch vom Abstimmungskomitee gegen das EpG konterte: „Dieses Gesetz hat zu viele „Kann-Vorschriften“ und ist dadurch sehr „gummig“. Es ist unnötig, gar gefährlich. Das neue EpG sei ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang. Die Schweiz werde informell an die pharmafreundliche WHO angeschlossen, Bundesrat und BAG bekämen die gesetzliche Ermächtigung, umfangreiche Massnahmen zu treffen, die das Selbstbestimmungsrecht des Bürgers abschaffe.

Die Delegierten beschlossen einstimmig die Nein-Parole (Ja: 0, Nein: 50, Enthaltungen: 0).

3. Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG): NEIN

(pro) NR Rosmarie Quadranti, BDP ZH plädierte in Ihrem Referat für ein Ja mit folgenden Argumenten:

1. Unsinnige Bürokratie stoppen: Das Verkaufsverbot für gewisse Produkte zwischen 1:00 und 5:00 Uhr sei absurd und realitätsfremd. Es solle aufgehoben werden
2. An den Öffnungszeiten ändert sich nichts: Am 22. September gehe es um die Frage des Sortiments, nicht um die Öffnungszeiten. Diese regle sich nach den kantonalen Bestimmungen über die Ladenöffnungszeiten. Daran ändere sich nichts.
3. Lokale Bedürfnisse ernst nehmen: In der Schweiz haben 24 Tankstellenshops rund um die Uhr geöffnet. Diese Shops befänden sich an Hauptverkehrsachsen, an Autobahnen oder in grossen Städten. Nur dort, wo ein Bedürfnis bestehe, existieren Tankstellenshops.

(kontra) NR Max Chopard-Acklin, SP AG, erläuterte die Kehrseite eines 24-Stunden-Betriebs:

- Die ständige Zwängerei zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten werde einseitig auf dem Buckel der Angestellten und ihrer Familien ausgetragen.
- 24-Stunden-Shopping sei auch aus Konsumentensicht nicht nötig ...
- ... bringe aber mehr Verkehr, Energieverbrauch, Lärm und Sicherheitsprobleme.
- Diese Vorlage zu den Tankstellenshops werde zum Türöffner für weitere Liberalisierungsschritte und führe zu Lohndruck, mehr Stress und längere Arbeitszeiten für die Angestellten. Die 24-Stunden-Arbeitsgesellschaft schade allen.

Die Delegierten entschieden sich mit 2 Ja, 45 Nein und 3 Enthaltungen für die Nein-Parole.

Am Nachmittag informierte a. NR Markus Wäfler zu aktuellen, laufenden Unterschriftensammlungen für Eidg. Volksinitiativen.

Eidgenössische Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“

Die Unterstützung der Unterschriftensammlung durch die EDU wurde von den Delegierten beschlossen. Der Initiativbogen soll im Polit-Organ „EDU-Standpunkt“ beigelegt werden.

Für Rückfragen wenden Sie sich an:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Martin Friedli, Vorstand GL, Grossrat BE, 079 848 97 96
Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79